ebenso die unverändert gebliebenen übrigen Absätze. Die Resolution im Ganzen gelangt einstimmig zur Annahme.

Die Verhandlung wendet sich nunmehr zu

Punkt 8 der Tagesordnung:

Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontrollschutzmarken.

Der Berichterstatter J. Auer legt hierzu drei Resolutionen vor, eine weitere Resolution ist von Legien-Hamburg eingebracht und wird genügend unterstützt.

Resolutionen des Berichterstatters:

I. In der Frage des **Genossenschaftswesens** steht die Partei nach wie vor auf dem Standpunkt:

Sie kann die Gründung von Genossenschaften nur da gutheißen, wo sie die soziale Existenzermöglichung von im politischen oder im gewerkschaftlichen Kampf gemaßregelten Genossen bezwecken oder wo sie dazu dienen sollen, die Agitation zu erleichtern, sie von allen äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien. Aber in allen diesen Fällen müssen die Parteigenossen die Frage der Unterstützung davon abhängig machen, daß genügend Mittel für eine gesunde, finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftskundige Leitung und Verwaltung gegeben sind, ehe Genossenschaften ins Leben gerufen werden.

Im Uebrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.

II. **Der Boykott** ist für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse eine Waffe, die nur unter der aktiven Theilnahme der großen, heute noch nicht organisirten Massen wirksam in Anwendung gebracht werden kann. Der Boykott kann daher mit Aussicht auf Erfolg nur in den Fällen in Vorschlag gebracht werden, wo es sich um Fragen handelt, an denen weite Arbeiterkreise mit tiefgehendem Interesse betheiligt sind, insbesondere auch um Zurückweisung von Bestrebungen, welche eine politische Schädigung der Arbeiterklasse bezwecken.

Unter keinen Umständen aber darf der Boykott zu einem Mittel der politischen oder wirthschaftlichen Vergewaltigung werden zu dem Zwecke, die politische Gesinnung oder persönliche Ueberzeugung zu strafen, oder die äußere Bekundung einer politischen Meinung oder deren Bethätigung zu erzwingen.

III. **Die Kontroll- oder Schutzmarke** hat den Zweck, dem Käufer einer Waare zu zeigen, daß bei deren Herstellung

die jeweiligen Forderungen der betreffenden Gewerkschaftsorganisation in Bezug auf Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Dabei ist es völlig gleichgiltig, ob diese Waaren von einer Arbeiter-Genossenschaft oder von einem Privatunternehmer hergestellt werden.

Nur in diesem Sinne, als eine der Waffen im gewerkschaftlichen Kampfe, kann die Kontroll- oder Schutzmarke die Unterstützung der Parteigenossen beanspruchen. Da sie zur Erreichung ihres Zweckes aber wie der Boykott die Theilnahme und Sympathie der breiten Massen voraussetzt, so kann sie nur bei Artikeln in Frage kommen, die hauptsächlich von der Arbeiterklasse konsumirt werden.

Die Parteigenossen haben gegen die Kontrollmarke sich in allen den Fällen zu erklären, wo ihrer Einführung der Gedanke zu Grunde liegt, mittelst derselben den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig zu machen, oder wo sie als direktes Zwangsmittel dazu dienen soll, jungen oder schwachen Organisationen Mitglieder zuzuführen oder zu erhalten. Dieser Verwandlung der Kontrollmarke zu einer Art Prämie führt nur zur politischen Heuchelei um augenblicklicher Vortheile willen, zur moralischen und materiellen Vergewaltigung Einzelner und schließlich zur völligen Demoralisation und Auflösung der gesammten Organisation.

Resolution Legien:

Der Parteitag erklärt, daß das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontroll-Schutzmarke Kampfesmittel der Gewerkschaften sind und die sozialdemokratische Partei nur insofern berühren, als die Personen, welche diese Kampfesmittel anwenden, Parteigenossen sind. Boykott und Schutzmarken werden von den gewerkschaftlich organisirten Arbeitern angewandt, um die Lage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft vorübergehend zu bessern; die Genossenschaften sollen den gemaßregelten Arbeitern eine Unterkunft gewähren und so die Auswüchse des Kapitalismus mildern. Die Genossenschaften sind reine Privatunternehmen und als solche von der sozialdemokratischen Partei zu behandeln. Alle drei Kampfesmittel sind nur innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft anwendbar und stehen daher mit der sozialdemokratischen Partei, welche diese Gesellschaft bekämpft, in keinem Zusammenhang.

Da diese Kampfesmittel, unrichtig angewandt, der Arbeiter-Bewegung aber mehr Schaden als Nutzen bringen können, so empfiehlt der Parteitag, bei Anwendung dieser Mittel die größte Vorsicht zu üben.

Da eine Garantie für die richtige Anwendung dieses Kampfesmittels nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation

gegeben wird, so erklärt der Parteitag es als Pflicht eines jeden Genossen, der Gewerkschaftsorganisation anzugehören, und sich deren Beschlüssen, so weit sie den gewerkschaftlichen Boden nicht verlassen und keine Verletzung der Parteiprinzipien enthalten, zu fügen.

Der Parteitag befürchtet nicht, daß die Organisation, welche die Gewerkschaften sich auf dem Halberstädter Kongreß gegeben haben, dazu führen könnte, daß der sozialdemokratischen Partei Kämpfer oder finanzielle Mittel entzogen werden, erkennt vielmehr an, daß auch in diesen Gewerkschaften die für den Klassenkampf erforderliche Erziehung des Proletariers erfolgt.

Mit bei diesem Punkte der Tagesordnung verhandelt werden die unter Vorlagen an den Parteitag S. 20 aufgeführten Anträge Pistorius-Braunschweig, III. Reichstags-Wahlkreis Berlin, III. Reichstags-Wahlkreis Hamburg und Genossen von Straßburg i. E. (S. 21).

Dagegen scheidet wegen unzureichender Unterstützung der Antrag des Parteigenossen Ferd. Wegener, Berlin: Die Gründung eines „Maison du Peuple" nach dem Muster der belgischen Genossen in Erwägung zu ziehen, aus der Verhandlung aus.

Zu dem Gegenstand der Verhandlung ist ein Schreiben aus München d. d. 13. Novbr., gez. Heimsmann eingegangen, welcher dem Parteitage eine darauf bezügliche, von einer Versammlung im Eldorado gefaßte Resolution unterbreitet.

Referent Auer: Der Punkt der Tagesordnung, welcher uns jetzt beschäftigt, hat das Eigenthümliche, daß die drei Gegenstände, die hier unserer Erörterung unterzogen werden sollen, etwas spezifisch Sozialdemokratisches nicht an sich haben. Wenn wir sie trotzdem auf die Tagesordnung gesetzt haben, so geschah es darum, weil die Arbeiter in ihrem Kampfe um die Erringung besserer Arbeitsbedingungen genöthigt sind, auf die hier genannten Hilfsmittel zurückzugreifen.

Zum **Genossenschaftswesen** ist die Stellung unserer Partei von je her klar und abgeschlossen gewesen. Wer die Lassalle'schen Agitationsbroschüren kennt, muß auch die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Genossenschaftswesen kennen. In dieser unserer prinzipiellen Stellung hat sich seit jener Zeit nichts geändert. Die Auffassung, daß auf dem Wege der Genossenschaftsbildung es möglich sei, die wirthschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie, ihre Forderungen überhaupt zu erreichen, kann nur derjenige theilen, der das Wesen der Sozialdemokratie nicht kennt. Ein Einblick in unser im vorigen Jahr in Erfurt beschlossenes Programm zeigt uns die Richtigkeit dieser Ausführung. Das Programm stellt als das Ziel unserer Kämpfe und unseres Strebens folgendes hin:

„Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums

an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde. Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. — Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei."

In diesen Sätzen sind unsere Ziele und Aufgaben klar hingestellt. Dieser Standpunkt ist bei beginnender sozialdemokratischer Agitation eingenommen worden, wir haben ihn bis jetzt eingenommen und müssen ihn für alle Zeiten beibehalten, so lange die Partei überhaupt eine sozialdemokratische ist. Wenn andere Anschauungen auftauchen, und sie sind aufgetaucht, so beweist das nur, daß Genossen in dieser Frage über Wesen und Inhalt der Sozialdemokratie sich getäuscht haben. Wer glaubt, durch Bildung von Genossenschaften etwas mit zur Lösung der sozialen Frage beizutragen, wer glaubt, dadurch einen sozialdemokratischen Anhang zu gewinnen, wer glaubt, wie es in Breslau der Fall gewesen, dadurch mit dazu beizutragen, daß die Produktion regulirt, die Ueberproduktion verhindert wird, der hat sich über das Wesen des Sozialismus getäuscht. Gegen solche Versuche, das Wesen unserer Aufgaben und Ziele zu verwischen, ist von der Partei Stellung wiederholt genommen worden. Und dieses heute wieder zu thun, soll unsere Aufgabe sein.

Einer der Hauptgründe, der für die Bildung von Genossenschaften in sozialdemokratischen Kreisen viel genannt wird, ist der gewesen, daß diejenigen Arbeiter, welche schließlich dazu gezwungen sind, sich als Genossenschaft zusammen zu thun, in Folge von Kämpfen, um bessere Arbeitsbedingungen bei den Unternehmern keine Beschäftigung mehr fanden, und aus ihrem Berufe hinausgedrängt wurden. Dieser Grund hat z. B. zur Bildung der Cigarrenarbeiter-Genossenschaft in Hamburg, zur Gründung der

Schuhmacher-Genossenschaft in Erfurt, auch wohl der Schuhmacher-Genossenschaft in Offenbach geführt; er hat wesentlich mitgespielt bei der Gründung der Tabakarbeiter-Genossenschaft in Mannheim und auch bei der Bäcker-Genossenschaft in Hamburg. Eine ganze Reihe weiterer Genossenschaftsgründungen hat sich ähnlich abgespielt. Hieraus erklären sich die für diese Unternehmungen besonders in der fortgeschrittenen Arbeiterschaft weit verbreiteten Sympathieen. Aber wenn wir diese Sympathieen auch gern als berechtigt anerkennen, so können doch solche Unternehmen von diesen Sympathieen allein nicht bestehen. Diese Genossenschaften müssen unter denselben Bedingungen produziren, welche für jeden Unternehmer in der privatkapitalistischen Wirthschaftsordnung maßgebend sind, und eine der ersten Bedingungen ist das Vorhandensein genügenden Betriebskapitals. Hier beginnt es bei den Genossenschaften sofort zu stocken. Das nothwendige Betriebskapital soll aufgebracht werden von Personen, welche regelmäßig zu einer Zeit an die Bildung herantreten, wo sie thatsächlich wirthschaftlich noch erschöpfter sind als es der Fall war, ehe sie an die Gründung dachten. Es sind ausgesperrte, ausgehungerte, ausgepoverte Arbeiter, welche vorher schon nichts hatten, als was sie durch ihre Arbeitsfähigkeit und Geschicklichkeit verdient hatten; und das reichte kaum zum nothwendigen Unterhalt. Diese Sammlung von Habenichtsen wirft nun ihren Nicht-Besitz zusammen (Heiterkeit), nnd auf Grund dies Nicht-Habens soll nun das Geschäft beginnen. Mögen die Sympathieen der Arbeiter auch noch so groß sein, Sympathieen nimmt kein Bankier als baare Münze an, und weiteres können die Arbeier nicht geben. Die Folge ist, daß die Genossenschaften mehr oder minder überall sofort wieder über sich ergehen lassen müssen, was vorher die einzelnen Genossenschafter bekämpft haben, nämlich die Ausbeutung durch das Kapital. Fast alle Genossenschaften sind bald nach ihrer Gründung in die Schuldknechtschaft des Kapitals geraten. Die Genossenschafter selbst sind brave Genossen, prächtige Arbeiter, aber ohne Kapital bleibt ihnen, wenn sie ihre Arbeitsfähigkeit und Tüchtigkeit verwenden wollen, nichts übrig, als sich nach irgend einem Kapitalisten umzusehen, der gegen Zins und gegen Sicherheit das nöthige Betriebskapital hergiebt. Auch auf dem großen wirthschaftlichen Markte sind diese Genossenschaften, genau denselben Gesetzen unterworfen, wie alle privatkapitalistischen Unternehmungen, die, mit reichlichem Betriebskapital versehen, ihnen die Konkurrenz entgegenstellen. Noch eine Schwierigkeit kommt hinzu. Zum Genossenschaftsbetrieb gehört nicht bloß Betriebskapital, es gehört dazu auch die nöthige Kenntniß vom Geschäftsgang und von der Geschäftsleitung. Und die Ausbeutungsfreiheit, welche der Kapitalist für sich als angeborenes Recht beansprucht, kann von den Genossenschaften nicht in gleichem Maße in Anspruch genommen werden. Die

B

Arbeiter in einer Genossenschaft verlangen selbstverständlich günstigere Arbeitsbedingungen als bei den Privatkapitalisten. Die Eigenschaft des geschäftskundigen Leiters einer Genossenschaft können die Arbeiter als Arbeiter sich auch nicht aneignen, sie müssen sie erst mit Opfern und Verlust bringenden Erfahrungen erwerben, während die Bourgeois im Ganzen mit solchen Verlusten nicht zu rechnen haben. Aus der Schwäche der Betriebsmittel bei der Gründung der Genossenschaft, aus der Nothwendigkeit, mit den privatkapitalistischen Unternehmern zu konkurriren und die Arbeitsbedingungen geschäftlich so einzurichten, daß das Produkt nicht theurer als dasjenige des konkurrirenden Bourgeois ist, ergeben sich die mancherlei außerordentlich unangenehmen Erscheinungen, welche bei fast allen Genossenschaften, speciell im Anfang der Gründungszeit bei der Hamburger, als auch in neuester Zeit bei der Berliner Bäckergenossenschaft hervorgetreten sind. Wenn aber die Dinge so liegen, ist es doch, selbst wenn man für die Arbeiter, die Opfer der Brutalität des Kapitals, alle Sympathien hat, sehr die Frage, ob es nicht besser wäre, den Arbeitern von der Gründung solcher Genossenschaften abzurathen.

Wenn ich nun auch auf das übergehe, was von den Vertheidigern dieser Einrichtung in unsern Reihen angeführt wird, so kann ich zunächst konstatiren, daß, soweit ich unterrichtet bin, mit Ausnahme ganz vereinzelter Persönlichkeiten, die von dem Wesen des Sozialismus und von unsern Aufgaben keine Ahnung haben, alle diejenigen, welche gewissermaßen als Träger und Leiter dieser Bewegung innerhalb unserer Reihen fungiren, sämmtlich von vornherein erklärt haben, garnicht daran zu denken, daß das Genossenschaftswesen ein Mittel wäre, den sozialdemokratischen Staat oder die Forderungen unseres Programms zu verwirklichen. Aber sie sagen, wir brauchen zunächst einen Stützpunkt für unsere Agitation. Wo sollen wir mit den Personen hin, welche, von den Unternehmern auf's Pflaster gesetzt, nicht mehr im Stande sind, für sich und ihre Familie Brot zu verdienen? In den Genossenschaften liegt immerhin ein Mittel, eine Unterkunft und Arbeitsstätte für diese Personen zu finden und ihre Kräfte wieder nutzbar zu machen. So weit Genossenschaften zu diesem Zwecke und aus diesem Grunde in's Leben gerufen werden und soweit eine andere Reihe Bedingungen, wie sie in der Resolution aufgeführt sind, zutrifft, wird Niemand etwas besonderes dagegen sagen. Hier geschieht dasselbe, was jeder Parteigenosse thut, wenn er aus seinem Brote hinausgeworfen ist: er sieht zu, in irgend einem andern Berufe unterzukommen, oder er unternimmt ein selbstständiges Gewerbe. Ob der Schuhmachergeselle schließlich für sich anfängt als selbstständiger Meister oder ob er sich mit gemaßregelten Kollegen zusammenthut, darin ist kein Unterschied zu erkennen, und es fragt sich blos, ob er's sich nicht

B

noch zwei Mal überlegen soll, was vorzuziehen ist, mit Nichts eine Genossenschaft anzufangen oder mit seinem Nichts allein zu bleiben und für sich zu arbeiten. Das ist aber Sache des Betreffenden allein.

Anders ist der Einwurf der Vertheidiger des Genossenschaftswesens zu behandeln, daß die Genossenschaften das Mittel zur Heranbildung des Personals für die zukünftige sozialistische Gesellschaft und Produktionsweise seien. Dieser häufig wiederholte Ausspruch ist irrthümlich und falsch. Wenn der sozialistische Zukunftsstaat keine anderen Hilfsmittel und kein anderes Personal zur Verfügung hätte als das in den Genossenschaften erzogene, dann können wir den ganzen Zukunftstraum ruhig ad acta legen. (Sehr richtig!) Ich muß mich wundern, daß dieser Grund so oft angeführt wird; denn schon ein geringes Nachdenken läßt seine völlige Haltlosigkeit erkennen. In unserer Literatur ist trefflich dargestellt, daß das Personal, die Einrichtung und die Vorbedingungen zur Errichtung des sozialistischen Gemeinwesens uns von der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Entwicklung selber geliefert werden muß; und sie liefert sie uns, darüber ist kein Zweifel. Wir brauchen nicht die leiseste Sorge darum zu haben, daß an dem Tage, wo wir in der Lage sind, die Einrichtungen zu treffen, auch das Personal vorhanden ist, welches diese Funktionen in der neuen Gesellschaftsform ausüben wird. Die großen Unternehmungen wie Krupp und Stumm, die Kapitalsmagnaten, diese Gesellschaften, welche Tausende und aber Tausende von Arbeitern beschäftigen, thun nach dieser Richtung unendlich viel mehr zur Ausbildung dieses Personals, als was eine kleine Schuhmacher- oder Zigarrenarbeiter-Genossenschaft leisten kann, bei der das leitende Personal weiter garnichts kennen lernt als den Jammer und die Sorgen, welche heute jeder Unternehmer mit geringen Betriebsmitteln hat. Diesen Jammer und diese Sorgen aber leeren sie bis auf die Hefe kennen, und diesen Jammer und diese Sorge aus der Welt zu schaffen, soll ja mit eine der Folgen der sozialistischen Gemeinordnung sein. Sie würden also thatsächlich von den Erfahrungen, die sie an diesen Posten zu sammeln im Stande waren, nachher gar keinen Gebrauch machen können.

Ob die Genossenschaften als Stützpunkt der Agitation einen Wert haben und als Schutzwehr gegen Maßregeln seitens der Unternehmer genügend sind, darüber will ich mich jetzt nicht des Längeren auslassen. Zunächst steht die Thatsache fest, daß bei aller Sympathie, die der Gedanke der Genossenschaften gefunden hat, dieselben doch immer vereinzelte nur für bestimmte Industriegruppen mögliche Erscheinungen bleiben werden Es würde um die Gewerkschafts- und politische Bewegung außerordentlich traurig bestellt sein, wenn es wirklich kein anderes Mittel gäbe als das, die Ge-

maßregelten in sogenannte Genossenschaften unterzubringen, und am allerwenigsten sollte man aus diesem Grunde von unserer prinzipiellen Stellung abweichen.

Die Resolution nimmt eine Stellung ein, welche unserer prinzipiellen Haltung durchaus entspricht. Wenn ein anderer als der Vorstand sie abzufassen hatte, wäre sie gewiß viel schärfer, härter ausgefallen. Aber nach den Anschauungen, die wir in der Partei sehen, und nach allen Versuchen, die auf diesem Gebiete gemacht worden sind und nicht in feindseliger Stimmung gegen die Partei, sondern weil eine Anzahl für unsere Prinzipien kämpfender Arbeiter brotlos geworden sind, glaubten wir, soweit es irgend anging, eine freundliche Haltung den Genossenschaften gegenüber beobachten zu sollen, aber auch sagen zu müssen, um was es sich in Wirklichkeit handelt, damit unsere Parteigenossen sich nicht über das Wesen der Sache täuschen.

Der **Boykott** ist eben so wenig, wie die Genossenschaften, etwas spezifisch Sozialdemokratisches. Es ist eines jener Kampfmittel, welche in Wirklichkeit auch viel früher, als die Sozialdemokratie dazu griff, von den Gegnern in Anwendung gebracht worden sind. Aussperrung, schwarze Listen und dergleichen, das Alles ist Boykott, angewendet von der Unternehmerklasse gegen den Arbeiter. Wenn wir dazu Stellung nehmen, so lassen wir uns dabei durchaus nicht von dem Gerede unserer Gegner beeinflussen, daß der Boykott sich mit dem Prinzip der Demokratie nicht vereinbaren lasse. Wir nehmen Stellung dazu wegen der Sache selbst, indem wir uns fragen: was nützt der Boykott der Bewegung, was nützt er der gesammten Arbeiterschaft? Das Recht, von diesem Kampfmittel Gebrauch zu machen, haben wir aus der Thatsache herleiten können, daß die Gegner seit Jahrzehnten, vor dem Sozialistengesetz, während desselben und auch heute die Arbeiterschaft thatsächlich fortgesetzt unter Boykott stellen. Im Jahre 1878, nach den Attentaten, kam bekanntlich die Aufforderung, keine sozialdemokratischen Arbeiter mehr in Lohn und Brot zu nehmen, die Werkstätten von den Anhängern der Sozialdemokratie zu reinigen. Ich erinnere Sie ferner an die famosen Abmachungen, welche speziell in Preußen zwischen den Unternehmerverbänden und unter der Betheiligung höchster Stellen in der Militärverwaltung und anderen Zweigen darüber stattgefunden haben, keinen Arbeiter, welcher am 1. Mai 1890 an der Maifeier theilgenommen habe, in Arbeit zu nehmen; ich brauche blos den Namen Kühnemann zu nennen, um Ihnen ins Gedächtniß zu rufen, wie brutal damals jenes Mittel gegen uns angewendet wurde. Ich erinnere Sie ferner an die Thatsache, daß eine bürgerliche Partei, nämlich die Antisemiten, den Boykott so anwenden, daß sie den Racenunterschied statt des Klassenunterschiedes zu Grunde nehmen für ihre Losung: „Kauft bei keinem Juden!"

Ueber unser Recht also, von diesem Mittel Gebrauch zu machen, haben wir uns garnicht erst zu unterhalten; wir gebrauchen es, wenn es uns paßt. Bisher haben wir davon viel weniger Gebrauch gemacht als die Gegner, nicht etwa weil wir vor der Schwere des Kampfes, vor seiner Schärfe und Härte zurückgeschreckt sind, sondern aus dem einfachen Grunde, weil wir nicht in der Lage sind, allzuoft mit Nachdruck davon Gebrauch machen zu können. Vom Boykott gilt, was vom Streik gilt, das ist von uns schon in Halle ausgesprochen worden, er ist ein zweischneidiges Schwert und es können Diejenigen, welche davon Gebrauch machen wollen, statt der Erfolge sehr wohl Nachtheile einheimsen. Er unterscheidet sich aber von dem Streik dadurch, daß, während der Streik in jedem einzelnen Falle immer beschränkt bleibt auf gewisse Produktionszweige — abgesehen von dem nicht ernsthaft zu nehmenden Gedanken eines Weltstreiks — der Boykott zur erfolgreichen Anwendung vor Allem auf große Massen, auf möglichst breite Schichten berechnet sein muß. Der Boykott setzt voraus, daß möglichst breite Schichten der Bevölkerung seine Nothwendigkeit und Ersprießlichkeit einsehen. Er verlangt, daß nicht blos die organisirte Arbeiterschaft, sondern die gesammte Arbeiterschaft daran theilnimmt. Der Erfolg hängt thatsächlich von dieser Theilnahme ab. Daraus geht hervor, daß er nicht bei jeder Gelegenheit angewendet werden kann. Ihn überall anzuwenden, wo Einzelne glauben, daß er vielleicht angebracht sei, hieße, dieses Kampfmittel von vornherein mißbrauchen und von vornherein die Niederlage in sichere Aussicht nehmen. Handelt es sich bei Boykotts um Angelegenheiten, welche die große Masse der Arbeiter interessiren, so werden sie gegründete Aussicht auf Erfolg haben. Ich weise nur auf den Berliner Bierboykott wegen der Lokalfrage hin, der mit einem Appel an die gesammte Berliner Arbeiterschaft zu dem Zwecke verhängt wurde, den ungeheuerlichen Zustand zu beseitigen, daß in der großen Stadt Berlin kaum ein einziges größeres Lokal für Arbeiterversammlungen zu haben war. Bei diesem Boykott handelte es sich eben darum, die Lokalbesitzer da, wo hinter ihnen die Behörde stand, durch Entziehung des Profits zur Hergabe ihrer Lokale zu zwingen. Da war das Recht auf Seiten der Arbeiter, und der Boykott war in kürzester Zeit siegreich, weil die Arbeiterschaft dafür ein Verständniß hatte. Es lag hier ein Interesse vor, das weit über den Kreis der organisirten Parteigenossen hinaus die gesammte Arbeiterschaft erfaßte. Ganz anders aber liegt es, wenn der Versuch gemacht werden soll, den Boykott als Mittel zu verwenden, um bei Ausbruch von Differenzen innerhalb einer Gewerkschaft durch Heranziehung der gesammten Arbeiterschaft den einzelnen Unternehmer zur Nachgiebigkeit zwingen zu wollen. Es muß daran festgehalten werden, daß zum Austrag gewerkschaftlicher Kämpfe der Boykott nur ganz ausnahmsweise in Anwendung gebracht werden darf; denn hier wird meistens der Erfolg ausbleiben, und nur ganz vereinzelte Berufe sind zur Anwendung dieses Mittels in der Lage. Wie will man denn z. B. den Maschinenbauern, wenn sie mit den Unternehmern in Konflikt gerathen, durch den Boykott der gesammten Arbeiterschaft zu Hilfe kommen? Will man den Unternehmer bei den Arbeitern denunziren und diese auffordern, keine Maschinen zu kaufen? Die Boykotts haben sich denn auch wesentlich blos in den Gewerben abgespielt, die sich mit der Bereitung von Lebensmitteln befassen, und da haben wir ja auch gesehen, daß bei bloßen Differenzen zwischen den Brauergehilfen und den Unternehmern dies Mittel überall versagte, weil bei solchen Streitigkeiten die Sympathie, die Interessenahme der Massen fehlt. Grundsätzlich müßte daran festgehalten werden, daß nur diejenige Vertretung, welche mit Fug und Recht an dem betreffenden Orte, für den betreffenden Kreis, auf welche der Boykott sich bezieht, die Vertretung der gesammten organisirten Arbeiterschaft repräsentirt, das Recht hat, von diesem Kampfmittel Gebrauch zu machen und den Boykott zu proklamiren. Die Art, daß einzelne kleine Versammlungen, einzelne Personen sogar sich herausgenommen haben, gewiß in gutem Glauben, aber in einer ganz falschen Richtung, den Boykott zu proklamiren und gewissermaßen die ganze Arbeiterschaft dafür verantwortlich zu machen, ist entschieden zu verwerfen. Die Gedanken, die ich hier ausgesprochen habe, sind in der zweiten Resolution, welche ich Ihnen vorlege, zusammengefaßt. Es heißt da, daß der Boykott unter keinen Umständen in Anwendung gebracht werden darf zum Zweck der politischen und persönlichen Vergewaltigung, denn: was Du nicht willst, das man Dir thu', das füg' auch keinem Andern zu! (Zustimmung.) Jemand politisch mißhandeln oder persönlich vergewaltigen, weil er eine andere Ueberzeugung in der Brust trägt, das hieße unsererseits das Mittel anwenden, gegen dessen Anwendung uns gegenüber wir immer protestirt und angekämpft haben. Für die Freiheit der politischen Ueberzeugung müssen wir unter allen Umständen eintreten, wenn wir nicht unsere Grundsätze und unsere eigene Existenz in Frage stellen wollen.

Ich komme zum letzten Punkt: die **Kontrol- oder Schutzmarke.** Ich weiß, daß die große Mehrzahl der Delegirten, welche diesem Gegenstand Sympathie entgegenbringen, sich auf diesen Punkt besonders gespitzt und sich mit der Frage beschäftigt haben, welche Stellung wohl in dieser Hinsicht der Referent und mit ihm der Parteivorstand einnimmt. Man hat da allerlei befürchtet und vielleicht auch gehofft, was in der Resulotion zu finden sein würde. Vor Allem müssen wir uns über die Frage klar werden: was soll die Schutzmarke sein? Darüber sind von den verschiedensten Sei-

B

B

ten die allerverschiedensten Anschauungen ausgesprochen worden. Gerade von der Seite, welche die Einrichtung vertheidigt, ist mir gesagt worden, daß das, was meiner Meinung nach mit der Schutzmarke beabsichtigt werde, nicht beabsichtigt sei. Wenn das so ist, wenn ich zu einem falschen Glauben gekommen sein sollte, so ist das daher gekommen, weil in den Veröffentlichungen und Erlassen derjenigen Kreise, welche für die Schutzmarke und ihre Propagirung eintreten, diese falschen Anschauungen zum Besten gegeben worden sind. Nach dieser Auffassung soll die Schutzmarke ein Ersatzmittel für den Streik sein. Sie werden von dieser Behauptung überrascht sein, und doch stütze ich mich dabei auf eine offizielle Auslassung der Vertreter der Schutzmarke. In der Ihnen allen zugestellten Broschüre, welche den Titel führt: „Die Kontrollmarke und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft", heißt es auf Seite 4 in einer angezogenen Erklärung der Kontrollkommission der deutschen Hutmacher im zweiten Absatz; „Es ist sattsam bekannt, welche furchtbare Waffe der Streik bedeutet, indem sie zumeist denjenigen am schwersten verwundet, der sie führt." Für eine Empfehlung des Streiks ist dieser Satz ganz gewiß nicht zu verwerthen. Wenn er „eine furchtbare Waffe ist, welche zumeist denjenigen am schwersten verwundet, der sie führt", so wird damit das Urtheil ausgesprochen, welches Ahlwardt in seiner Broschüre über die „Judenflinten" von unseren Militärgewehren aufstellt. Nun heißt es weiter: „Hierdurch wird es auch den immer mehr umsichgreifenden Unternehmer-Koalitionen möglich gemacht, den Erfolg jedweden Streiks von vorn herein illusorisch zu machen. Kommt noch hinzu, wie es leider des Oefteren der Fall ist, daß dem Unternehmer bei Streiks in rückhaltloser Weise die Unterstützung der Behörde zu Theil wird, so kann man mit Sicherheit darauf rechnen, daß auch der berechtigste und bestorganisirte Streik nur Niederlagen und Wunden bringen wird. Es ist daher nothwendig, daß man die alte Kampfesweise verläßt, bezw. sie nur gebraucht, wo sich ein anderes Hilfsmittel nicht anwenden läßt". Hiernach also soll man, wo die Schutzmarke angewendet werden kann, vom Streik absehen. Ganz so spricht sich ein Flugblatt aus, das an die Arbeiterschaft Deutschlands gerichtet und von der Arbeiter-Kontroll-Kommission der deutschen Textilarbeiter unterzeichnet ist. Auch hier wird die Erklärung der Hutmacher wiederholt und dann heißt es weiter: „Welche Macht die arbeitende Klasse als Konsument besitzt, lehrt uns das indirekte Steuersystem. Diese Macht in geeigneter Weise bei den gewerkschaftlichen Kämpfen ins Feld zu führen, fordert die veränderte Taktik unsrer Gegner, fordert die Erkenntniß, daß der Streik zumeist nichts mehr helfen kann, als unzeitgemäß in die Rüstkammer gehört". In ganz ähnlichem Sinne, wenn auch nicht mit denselben Worten, ist auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß die Kontrolmarke beurteilt worden.

Auch in der dort angenommenen Resolution wird gesagt, daß „der Streik als Mittel zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen immer mehr an Werth verliert". Jetzt wird man mir nicht mehr Unrecht geben, wenn ich sage, daß von den Vertretern der Schutzmarke, soweit sie offiziell gesprochen haben, dieselbe als Ersatzmittel für den Streik angeführt wird, und das halte ich für falsch.

In der Resolution, die ich einbringe, heißt es, daß wir der Schutzmarke eben so wenig wie dem Boykott feindlich gegenüberstehen; aber wir müssen fordern, daß sie richtig angewendet werde, daß sie als Ausdruck dessen, was sie wirklich ist, der Arbeiterschaft zum Bewußtsein gebracht wird. Protestiren müssen wir dagegen, daß es ein Ersatzmittel für den Streik bietet. Die Urtheile, die da über den Streik gefällt werden, resultiren aus der Thatsache, daß die letzten großen Arbeitseinstellungen von Mißerfolg begleitet gewesen sind. Aus dieser Thatsache aber schließen, daß dies Kampfmittel überhaupt „in die Rüstkammer gehört", kann nur der, der sich über die Gründe der mißglückten Lohnkämpfe nicht klar ist. Warum sind sie verunglückt? Jeder, der über diese Dinge nüchtern urtheilt, sich nicht nur durch bombastische Aufrufe hinreißen läßt, sondern den Dingen auf den Grund geht, mußte sich zur Zeit als die letzten großen Lohnkämpfe inszenirt wurden, sagen, das Spiel, das die betreffenden Gewerkschaften spielen, ist ein sehr gewagtes. Ich zähle zu denjenigen, die durch das Mißlingen des Buchdruckerstreiks garnicht überrascht wurden; ich war sehr im Zweifel, oder vielmehr ganz ehrlich gesagt, ich hatte von der ersten Stunde an, auch nicht den leisesten Zweifel, daß die Forderungen der Buchdrucker nicht würden durchgesetzt werden können. In Zeiten des wirthschaftlichen Niedergangs, der Depression, wo überall das Gespenst Arbeitslosigkeit droht, haben Lohnkämpfe selbstverständlich auch die Chancen des Sieges nicht für sich, und eine solche Zeit ist es gewesen, in der der große Streik der Buchdrucker inszenirt wurde. Das war der maßgebende Grund, der von vorn herein für jeden, der klar sehen wollte, Zweifel auftauchen lassen mußte, ob dieser Streik, der im Verhältniß zur allgemeinen Lebenslage der Arbeiter, sehr weitgehende Forderungen stellte, wohl zu einem gedeihlichen Erfolge führen würde. Es kann ruhig ausgesprochen werden, daß die Arbeiterschaft diplomatisch besiegt war schon vor dem Ausbruch des Streiks. Dieser ist ausgebrochen zu einer Zeit, — und das war das Unglück —, wo die Arbeiter das Schlachtfeld sich nicht selbst mehr wählen konnten, sondern wo ihnen die Schlacht aufgezwungen wurde, und indem das geschah zu einer Zeit, wo alle Chancen gegen sie standen, — mit Ausnahme der halben Million in der Kasse der Gehilfen, die aber gegenüber den Millionen, über welche die Unternehmer verfügten, nur wenig bedeuteten.

Bei der anderen großen Niederlage, nämlich der Hamburg-

Altonaer Zigarrenarbeiter, hatten wir es nicht mit dem Streik, sondern mit dem Ausschluß zu thun. Da haben die Unternehmer die Arbeiter ausgesperrt ebenfalls zu einer Zeit, wo diese keine Chancen hatten. Ein Vorwurf für die Arbeiter ist dabei höchstens der, daß sie den Kampf bis zum Weißbluten fortgeführt haben. Ich mache ihnen daraus aber keinen Vorwurf. Wir haben ihnen unter Vorführung aller Gründe gerathen: „Leute, gebt nach, schließt ab zu Neujahr! Ihr werdet sehen, Ihr kommt nicht durch, die ganzen wirthschaftlichen Verhältnisse stehen so, daß Ihr nicht siegen könnt". Sie aber erklärten, wir hungern das ganze Jahr, auch wenn wir in Beschäftigung sind, wir wollen weiter hungern. Und so haben sie gehungert, indem sie sagten: arbeiten und hungern ist unter diesen Umständen schlimmer als hungern und nicht arbeiten. Das war ein Standpunkt, der von einer so trefflich disziplinirten Arbeiterschaft, wie die Hamburger, einmal eingenommen werden kann; darüber ist nicht zu reden. Man kann das bewundern, aber man darf aus diesen Beispielen nicht den Schluß ziehen, daß, weil zwei derartige Arbeitseinstellungen verunglückt sind, mit einem Male der Streik überhaupt in die Rüstkammer gehört, seine Zeit vorüber ist. So liegen die Dinge nicht, und die Verfasser der verlesenen Erklärung werden ihre wunderbare Ueberraschung erleben an dem Tage, wo ein neuer wirthschaftlicher Aufschwung kommt, wo den Arbeitern die Möglichkeit gegeben ist, für das, was man ihnen in der Zeit des Niedergangs angethan hat, Revanche zu nehmen. Beide Dinge sind nichts weiter, als Kampfesmittel in der heutigen Wirthschaftsordnung, angewendet beim Auf- und Niedergang der wirthschaftlichen Verhältnisse. Weil die Dinge aber so liegen, deßhalb haben wir ja die Ueberzeugung, daß es Palliativmittel sind, wie das Koalitionsrecht der Arbeiter, aber keine Emanzipationsmittel für die Arbeiterschaft. Sie bringen uns nicht aus dem Druck heraus, unter dem die Arbeiterklasse leidet, deßhalb eben will ja die Sozialdemokratie die Eigenthumsverhältnisse ändere, den gemeinschaftlichen Besitz an den Arbeitsmitteln an die Stelle des monopolistischen Kapitalbesitzes setzen.

Die Kontrollmarke soll dann den Arbeitern die Möglichkeit geben, Einfluß auf den Konsum auszuüben. Man glaubte dadurch, daß man die Unternehmer unter einander in Eifersucht bringt, die Konkurrenz erregt, die Widerstrebenden zwingen zu können, die Forderungen der Arbeiterschaft anzuerkennen. Das müßte ja erreicht werden, wenn die Schutzmarke wirklich den Erfolg haben sollte, welchen man von ihr voraussetzt. Wie weit das erreicht ist, darüber will ich mich nicht auslassen. Ich will nur gleich sagen, warum das nicht zu erreichen ist. Die Schutzmarke, wie sie hier aufgefaßt ist, wird dieses Ziel schon deshalb nicht erreichen können, weil das Gebiet, auf welchem sie überhaupt Anwendung finden kann, ein zu beschränktes ist. Nur in ganz vereinzelten Kreisen der industriell

B

thätigen Arbeiterschaft kann die Marke eingeführt werden. Die weiten Gebiete der Bau- und Montanindustrie, des Verkehrs, des Exports und die gesammte Landwirthschaft sind von vornherein davon ausgeschlossen, und ein Kampfmittel, von dem die weitaus größte Mehrzahl der Arbeiterschaft garnicht Gebrauch machen kann, ist also zur Erreichung dieses Zweckes ganz ungeeignet. Ein zweiter Einwurf betrifft die dadurch herbeigeführte Verteuerung der Waaren für die Konsumenten. Diesem Einwurf begegnen die Vertheidiger der Schutzmarke mit der Behauptung, er treffe nicht zu; aber, wenn er zuträfe, könnte man doch schließlich dem Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft ein kleines Opfer zumuthen, weil andererseits die durch die Schutzmarke sozial gestärkten Arbeiter in die Lage versetzt sind, bei Lohnkämpfen in größerem Umfange Hilfe zu leisten. Wie weit das richtig ist, will ich dahin gestellt sein lassen, aber auch hier zeigt sich sofort wieder der große Unterschied zwischen dem Streik als Kampfmittel und dem angeblichen Ersatzmittel, der Schutzmarke. Beim Streik haben diejenigen, die ihn anwenden, im Falle des Erfolges selber den Nutzen. Anders bei der Schutzmarke. Hier hat der Konsument die Opfer zu bringen, und den Profit hat ein ganz Anderer, nämlich der Arbeiter, der in dem betreffenden Berufe zur Zeit beschäftigt ist. Aus dieser rein praktischen Erwägung, daß der Streik dem den Nutzen bringt, der ihn anwendet, während die Kontrollmarke dem, der die materiellen Opfer bringt, nur einen Sichtwechsel giebt, dessen spätere Einlösung in Gestalt von Unterstützungen eventuell erfolgen soll, ergiebt sich, wie falsch es ist, die Schutzmarke als Ersatzmittel für den Streik zu betrachten. Die Schutzmarke setzt eine vortreffliche Gewerkschaftsorganisation voraus. Wo diese Bedingung nicht erfüllt ist, ist an irgend einen praktischen Erfolg der Schutzmarke gar nicht zu denken. Durch diese vortreffliche Organisation und erst durch den Streik, der nicht in die Rüstkammer zu verweisen ist, müssen die Lohnbedingungen gebessert werden; und erst wenn dies erreicht ist, dann ist die Schutzmarke der Ausdruck dafür, daß das Produkt, welches die Schutzmarke trägt, unter Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt wird, wie die Arbeiter sie berechtigter Weise verlangen können! (Zwischenruf: Dabei können wir verhungern!) In diesem Sinne ist sie auch von der trefflich organisirten Hutmachergewerkschaft zur Anwendung gebracht werden. In diesem Sinne hat sie ihre Berechtigung, verliert dadurch aber allerdings alles, was einen spezifisch sozialdemokratischen Charakter hat. Sie erhält in diesem Sinne den Beigeschmack, daß sie der sichtbare Ausdruck ist für das Zustandekommen eines gewissen Ausgleichs der Interessen zwischen Unternehmer und Arbeiter. Sie ist keine sozialdemokratische Erfindung; die Sozialdemokratie hat garnichts mit ihr zu thun.

B

Unter keinen Umständen aber darf die Schutzmarke zur Gewinnung der Mitglieder für Gewerkschaften in Anwendung kommen, oder — und das trifft für die Kontrollmarke in engerem Sinne zu — gewissermaßen als Abzeichen für die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft gelten. Ein Beispiel dafür bietet die Trinkgelderfrage bei den Berliner Kellnern. Man täuscht sich absolut, wenn man glaubt, mit solchen Mitteln eine Gewerkschaft in die Höhe zu bringen. Gewerkschaftsmitglieder, deren Beitritt nur durch dies Mittel erzwungen wird, taugen nichts. Wer nur deswegen hineingeht, weil er dann Aussicht hat, auf ein Paar Pfennige Trinkgeld, für den soll jede Gewerkschaft sich bedanken. Die Gewerkschaften sind ein unentbehrliches Hilfsmittel im Agitationskampfe der Arbeiterschaft, aber die Mitglieder müssen dazu gewonnen werden auf dem Wege der Ueberzeugung, durch die Weckung des Klassenbewußtseins. Sie durch 5 Pfennige Trinkgeld gewinnen zu wollen, das heißt die Sache auf ein Niveau herunterdrücken, gegen welches wir energisch protestieren müssen. Nach dieser Richtung muß also ganz entschieden Front gemacht werden. Ich empfehle Ihnen die Annahme der von mir vorgelegten Resolution. (Lebhafter Beifall.)

Mit Rücksicht auf die Abendsitzung werden die Verhandlungen jetzt abgebrochen.

Der „Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend" ladet den Parteitag zu seinem am Sonnabend Abend in der „Brauerei Friedrichshain" stattfindenden Stiftungsfeste ein.

Während der Sitzung ist eine Anzahl weiterer Begrüßungs-Zuschriften und -Telegramme eingelaufen.

Schluß 7¼ Uhr.

Abendsitzung.

8½ Uhr.

Die Diskussion über Punkt 8 der Tagesordnung: **„Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontrollmarke"**, sowie über die vom Referenten dazu eingebrachte Resolution und die vorliegenden Anträge wird eröffnet. Legien hat die ersten beiden Absätze seiner Resolution zurückgezogen.

Hug und Legien beantragen, dem Absatz 2 der Auer'schen Resolution über das Genossenschaftswesen folgende Fassung zu geben:

„Im übrigen haben die Parteigenossen der Gründung solcher Genossenschaften entgegenzutreten, durch welche der Glaube erweckt werden soll, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern."

Augustin-Berlin VI: Eine Gewerkschaft durch die Kontrollmarke zu stärken und zu fördern, ist niemals jemandem ein-

gefallen. Wenn Auer aber behauptet, sie sei nicht im Stande, den Streiks vorzubeugen, so meine ich, daß das doch geschehen kann. Auer hat aus der erwähnten Broschüre einige Sätze herausgenommen und zu seinem Referat verwendet. Es ist in der Broschüre allerdings unrichtig ausgeführt, daß die Streiks nicht mehr nothwendig sind und in die Rüstkammer gehören; es hätte heißen müssen: die Streiks können für diejenigen Gewerkschaften nicht mehr gebraucht werden, wo die Kontrollmarke znr Anwendung gebracht werden kann. In der Broschüre ist aber auch ausdrücklich gesagt, daß Streiks weiter angewendet werden sollen, aber nur da, wo ein anderes Hilfsmittel nicht mehr angewendet werden kann. Wir stehen jetzt schon 1½ bis 2 Jahre in der chronischen Krise. Was sollen wir denn nun, so frage ich Auer, so lange als diese Krisen anhalten, thun? Sollen wir uns ganz und gar unter die Füße treten lassen und ruhig zusehen, bis einmal wieder ein wirthschaftlicher Aufschwung kommt? Bis dahin sind wir ja nicht einmal im Stande, unseren Verpflichtungen den Gewerkschaften gegenüber nachzukommen. Ein anderes Mittel als der Streik ist uns nicht bezeichnet worden. Auer will, daß die Marke nur da angewendet werden soll, wo sie den wirthschaftlichen Kampf nicht ausschließt. Wir brauchen sie ja nur als Waffe, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Wir haben Erfolge damit erzielt, und diese würden noch viel größer sein, wenn die anderen Gewerkschaften stark organisirt gewesen wären. Vor 2½ Jahren haben wir den großen Luckenwalder Hutmacherstreik gehabt; es waren ziemlich viele Mittel vorhanden, sodaß die Genossen 10 bis 11 Wochen aushalten konnten. Schließlich kam aber die Polizei und drohte mit Strafen, wenn die Arbeiter die Arbeit nicht zu einer bestimmten Stunde wieder aufnehmen würden, und thatsächlich sind sie auch bestraft worden. Mit der Marke aber bekommt der Arbeiter die Macht in die Hände und gewinnt ein Machtmittel, welches er noch nicht besessen hat. Hier kann kein Streikerlaß kommen, kein Kontraktbruchparagraph angewandt werden; ihr gegenüber sind alle diese Maßregeln unmöglich. Nach dem Ausspruche Auers soll die Schutzmarke erst dann angewandt werden, wenn der Streik gewonnen ist. Da können wir warten bis an's Ende. Auer bestreitet, daß die Kontrollmarke ausgedehnte Anwendung finden kann. Er verweist auf die Landarbeiter, auf die Maschinenbauer. Wir wissen ja alle, daß mir mit der Kontrollmarke Kriegsschiffe z. B. nicht ausstatten zu können. (Heiterkeit.) Aber ist denn bei den Landarbeitern etwa durch Streiks zu helfen? Endlich ist auch nichts verkehrter als die Behauptung, daß die Kontrollmarke die Waare verteuert. Die Kontrollmarke der Hutmacher kostet pro Stück einen Pfennig. Wenn aber auch wirklich der Hut, den sich der Arbeiter alle zwei Jahre mal kauft, um 10 Pf. theurer wird,

so kann er doch alle zwei Jahre mal dieses Opfer bringen. Wir haben vielleicht bei Streiks anderer Gewerkschaften alle Woche eine Mark und noch mehr geopfert, und noch dazu bei Streiks, die Monate lang gewährt haben. Also ist die Kontrollmarke in gewissen Gewerben wirklich dazu angethan, den Streik aus der Welt zu schaffen. Die Kellner Berlins haben schon Wind davon gehabt, daß Auer gegen sie ins Feld ziehen würde. Wir haben aber doch keine Veranlassung, Männer mit Trinkgeld zu unterstützen, die uns von oben herab behandeln und dadurch blos hochmüthiger werden und den Anschluß an die Organisation für überflüssig halten. Wir haben sehr große Fabriken, welche die Kontrollmarke eingeführt und unsere Forderungen auf neunstündige Arbeitszeit und Minimallohn entsprochen haben. Es hat also nicht nur ein kleiner Theil der Genossen Vortheil von der Einrichtung, sondern die gesammte Hutmacherschaft. Auer's Resolution ist gut, aber seine Ausführungen stehen damit in Widerspruch. Er ist gegen die Schutzmarke ins Feld gezogen, und in der Resolution überläßt er ganz ruhig den Gewerkschaften, wie sie darüber urtheilen wollen.

Borgmann-Berlin: Jede Sache stößt bei ihrer Einführung auf Widerstand, und ich wundre mich bloß, daß hier einer neuen Sache eine so hohe Bedeutung beigelegt wird, daß man den ganzen Parteiapparat aufbietet. Solange die Kontrollmarke angewendet worden ist, ist garnichts zu Tage getreten, was sich als Schädigung der Partei charakterisiren ließe. Daß die Waare durch die Marke verteuert wird, bestreite ich ganz entschieden. Die Genossenschaften als solche verteuern die Waare schon deßhalb nicht, weil sie niemals mit hohen Verwaltungsspesen rechnen. Speziell in unsrer Branche kostet der ganze Verwaltungsapparat nicht so viel als bei kapitalistischen Betrieben der einzelne Mann, der an der Spitze des Unternehmens steht. Wenn wirklich eine kleine Verteuerung eintritt, so gleicht sich das vollständig nach der andern Seite wieder aus. Wenn darauf hingewiesen wird, daß durch die Anwendung dieses Systems der Streik doch nicht aus der Welt geschafft würde, so bin ich allerdings wohl der Meinung, daß er sich für diejenigen Gewerkschaften, bei denen alle diese Voraussetzungen zutreffen, in der That aus der Welt schaffen läßt, oder doch zum größten Theil. Ich habe die Beweise dafür vor mir. Die Korrespondenz der Kontrollkommission der Hutmacher ist in den letzten zwei Jahren auf circa 3000 verschiedene Zuschriften gestiegen. Aus diesen Zuschriften ergiebt sich die große Wirkung, die unsere Marke ausübt. Wir haben Betriebe bis zu 200 Arbeitern, wo die Unternehmer auf diese Weise ohne Streik unsere Forderungen bewilligt haben, diese Wirkung ist aber nicht blos in diesem einzigen Falle vorhanden und würde noch weit größer sein, wenn nicht die wirthschaftliche Krise so stark auf uns

drückte, wenn ferner die Kenntniß dieses Systems innerhalb der Genossen weiter und tiefer bekannt wäre. In der Resolution heißt es: Gegen die Marke sollen sich die Genossen in allen Fällen erklären, wo ihrer Einführung der Gedanke zu Grunde liegt, mittels derselben die gewerkschaftlichen Kämpfe überflüssig zu machen. Da irrt Auer. Der Gewerkschaftskampf bleibt, er ist blos ein anderer geworden. Ich meine auch nicht, daß durch die Anwendung dieses Systems die betreffenden Arbeiter von der allgemeinen Bewegung abgezogen wurden. Ich habe gerade die überzeugendsten Erfahrungen vom Gegentheil gemacht. Ein großer Theil der Kollegen ist durch die Marke erst in die Bewegung hineingetrieben worden, und ich glaube nicht, daß der Parteitag einer Gewerkschaft einen Knüppel zwischen die Beine werfen will. Das will ja auch die Resolution nicht sagen. Ich bitte Sie, den Satz, den ich eben zitirt habe, aus der Resolution zu streichen; mit dem Uebrigen bin ich vollständig einverstanden.

Hülle stellt das Amendement, am Schlusse des ersten Absatzes der dritten Resolution Auer folgendes hinzuzufügen:

„Jedoch sollen Kontrollmarken bezw. Stempel nur an solche Privatunternehmer gegeben werden, die für alle in ihren Betrieben hergestellten Erzeugnisse die von der betreffenden Gewerkschaft aufgestellten Tarife zahlen."

Das Amendement wird nicht hinreichend unterstützt, kommt also nicht zur Verhandlung.

Der von Borgmann gestellte Antrag lautet: im letzten Absatz der dritten Resolution Auer die Worte „wo ihrer Einführung der Gedanke zu Grunde liegt, mittelst derselben den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig zu machen, oder" zu streichen.

Schweer-Hamburg: Wir müssen uns fragen, ob die Genossenschaften für uns resp. für die Arbeiterbewegung von so hohem Werth sind, als ihre Freunde behaupten. Ich sage ganz entschieden Nein! Immer sind diejenigen, die frei auf die politische Bühne treten, die Ersten, welche an die Spitze solcher Unternehmungen gestellt werden. Auf diese Weise werden zum Schaden der Partei eine ganze Anzahl von Agitatoren der Bewegung entzogen, indem sie durch ihre Thätigkeit für die Genossenschaft vollständig in Anspruch genommen und politisch kampfunfähig gemacht werden. — Für verschiedene Branchen kommt noch ein Umstand in Betracht. Wenn hier in Berlin z. B. die Tabakarbeiter eine Genossenschaft gründeten und damit wirklich Erfolg hätten, dann würde eine ganze Anzahl guter alter Berliner Parteigenossen die offene Geschäfte haben, die also unter allen Umständen für die politische Bewegung stets öffentlich eintreten, dadurch geschädigt oder ganz zu Grunde gerichtet werden, weil die Genossenschaft, an deren Spitze eben bekannte Genossen stehen, von der Arbeiterschaft als

ein sozialistisches Unternehmen vor allem unterstützt werden würde. Liefert denn aber die Genossenschaft wirklich etwas besseres als jedes andere kapitalistische Unternehmen? Auch da sage ich ganz entschieden Nein! Und ist denn die Ausbeutung da nicht ebenso vorhanden wie bei diesen? Ganz gewiß, dies Genossenschaftswesen hat gegenwärtig die Tendenz, sich immer mehr auszudehnen, kommt aber wieder einmal ein neues Gesetz, das die Sozialdemokratie in Acht und Bann thut, dann sind die Genossenschaften mit ihren Palästen und theuren Maschinen auf dem Trocknen und das darin steckende Kapital ist verloren. Man sollte also mit dieser Gründerei aufhören, zumal dadurch theilweise sehr starke Differenzen und heftige Auseinandersetzungen unter den Genossen verursacht worden sind. Ich empfehle an Stelle der Auer'schen, die mir viel sympathischere Resolution von Straßburg zur Annahme.

Metzger-Hamburg III: Gerade wir Genossen in Hamburg haben mit dem Genossenschaftswesen recht trübe Erfahrungen gemacht. Bei uns in Hamburg sind so eifrige Anhänger des Genossenschaftswesens vorhanden, daß es gewissen Parteimitgliedern schon zum Verbrechen angerechnet worden ist, wenn sie nicht mit Kontrolmarke versehene Hüte, Stiefel und Unterhosen tragen, nicht Genossenschaftsbrot essen und nicht Genossenschaftszigarren rauchen. Ja, es hat dieser Genossenschaftsrausch schon dahin geführt, daß eine feurige Anhängerin dieses Gedankens in einer Versammlung erklärte, durch die Genossenschaften sei es möglich, das Unternehmerthum an die Wand zu drücken, daß es quietsche (Große Heiterkeit). Ich will mich zu der Frage selbst nicht weiter äußern, nur einiges zur Resolution Legien. Sie verlangt, der Parteitag solle die Erklärung abgeben, daß es Pflicht eines jeden Genossen ist, der Gewerkschaftsorganisation anzugehören. Wo kommen wir denn hin, wenn wir so die Gewerkschaften als die eigentlichen Agitatoren für die Organisation der Partei einschmuggeln wollen! Ich kenne die Absicht Legiens recht gut. Er hat sich ja oft darüber beschwert, daß die Partei die Gewerkschaftsbewegung nicht genügend unterstützt. Ich meine denn doch, daß die sämmtlichen politisch hervorragenden Genossen alles thun, was zu ihrer Förderung dienen kann. Es ist in Halle eine Resolution angenommen worden, es ist in großen Parteiversammlungen wiederholt erklärt worden: Die Gewerkschaftsbewegung ist ein integrirender Theil der Arbeiterbewegung. Was will man denn mehr? Soll die Partei auch in den materiellen Kampf der Gewerkschaften eingreifen? Ich bin nicht dafür, daß die Partei zu einer Unterstützungskasse für die in Noth gerathenen Gewerkschafter wird; sie müssen sich selbst helfen, ohne Rücksicht auf die gefüllte Parteikasse, deren Gelder zu andern Zwecken bestimmt sind.

Legien-Hamburg: Daß die Frage der gewerkschaftlichen

Organisation seit dem Parteitage von Halle auf der Tagesordnung steht, entspringt aus drei Ursachen. Erstens war es der Fall des Sozialistengesetzes, der den Gedanken aufkommen ließ, daß die Organisation der Gewerkschaften, welche während des Sozialistengesetzes die Arbeiterbewegung ungemein gestützt haben, überflüssig geworden sei. Ferner machten die verloren gegangenen Streiks in den Augen Mancher die Gewerkschaften überflüssig, weil sie sich sagten, die Kontraktion des Kapitals ist so groß geworden, daß selbst die besten Organisationen die Macht desselben nicht mehr zu brechen vermögen. Vor allem aber liegt die Ursache darin, daß unsere Partei immer größere Ausdehnung gewinnt. Sie beschränkt sich nicht mehr auf die Lohnarbeiter, sondern eine ganze Reihe Kleingewerbetreibender, kleiner Unternehmer stehen mit als Genossen in der Organisation; und diese kleinen Unternehmer fühlen den Druck, welchen die Gewerkschaften mit der Kontrolmarke und den Genossenschaften ausüben; sie sehen auch in diesen Dingen etwas, was ihren persönlichen Interessen und Verhältnissen zuwidersteht. Aus diesen Gründen ist die starke Strömung gegen das Genossenschaftswesen, den Boykott und die Kontrolschutzmarke entstanden. Halten wir uns dies gegenwärtig, so werden wir verstehen, warum die Partei immer mehr dazu genöthigt sein wird, strikte zu erklären, entweder: die Gewerkschaften sind absolut nöthig, oder: sie sind entbehrlich. Wenn wir sie unterstützen wollen, müssen die Genossen ihnen angehören, und das wünsche ich durch den Parteitag ausgesprochen. Durch die Zurücknahme meiner Resolution im ersten Theil habe ich mich mit dem, was Auer in seinen Resolutionen niedergelegt hat, vollständig einverstanden erklärt. Aber jede Theorie ist grau. Wenn wir nicht sofort anfangen, praktisch zu arbeiten, so fehlt der Resolution der innere Zusammenhang, und deswegen wünsche ich, daß die Partei als solche erklärte, es sind dies Unternehmungen der Gewerkschaften, andererseits aber auch erklärte, daß diese gestützt und gestärkt werden müssen, weil sie allein eine unrechtmäßige Anwendung der drei Kampfmittel verhindern können.

Der letzte Theil meiner Resolution könnte vielleicht Bedenken erregen. Ich mache aber auf Folgendes aufmerksam: Wenn die in Halberstadt beschlossene Organisation nicht die nöthige Stütze findet, wenn sie bekämpft wird, wenn über ihren Werth verschiedene Meinungen bestehen, dann kann sie nicht zu der Stärke gelangen, um wirksam zu werden, und darum ist es nöthig, daß von dieser Stelle aus ein zarter Wink gegeben wird. Fahren wir noch einige Jahre in der bisherigen Weise fort, dann werden wir der gewerkschaftlichen Bewegung den Lebensfaden vollständig abschneiden.

Noch eine kurze Bemerkung. Es wurde hier auch von Metzger gesagt, ich hätte in Wort und Schrift wiederholt erklärt, daß ein Theil der hervorragenden Parteigenossen nicht energisch genug die

gewerkschaftliche Organisation vertritt oder empfiehlt. Das ist Gefühlssache; man kann dafür keine Beweise erbringen, aber auch im Zentralblatt, dem „Vorwärts“, stehen mancherlei Dinge, die sicherlich nicht geeignet sind, der Gewerkschaftsbewegung zu dienen. In einem Artikel des Blattes vom 11. November cr. über revolutionären und Staatssozialismus ist vom „weichen Kehrichthaufen der Gewerkschaftsduselei“ die Rede. Es richtet sich das gegen die Unabhängigen, aber in diesem Sinne verständlich ist es nur für den, der die Sache kennt, nicht für den ferner Stehenden, und jedenfalls zeugt solch ein Ausdruck nicht von Sympathie für die gewerkschaftliche Bewegung. Ich beantrage, dem ersten Satz der ersten Resolution Auer folgende Fassung zu geben: „In der Frage des Gewerkschaftswesens steht die Partei nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Genossenschaften nicht Sache der Partei, sondern Sache der Gewerkschaften sind, und nur da gut geheißen werden können, wo . . . — der Rest wie in der Resolution Auer.

Grünwald-Hamburg: Es ist grundfalsch, wenn man die Genossenschaften als Attribut der Gewerkschaften hinstellt. Es wäre viel besser, alle diese Opfer an Baarmitteln und Zeit zu verwenden, um gemaßregelte Genossen unterzubringen. Dann braucht man sich nachher nicht die Blöße zu geben, daß man solche Gründungen wieder aufgiebt. Es sagen zwar verschiedene Freunde der Genossenschaften, daß durch die Genossenschaften uns keine Mittel entzogen werden. Ich behaupte aber, daß es doch geschieht. Ist einmal eine Genossenschaft gegründet, dann sucht man sie möglichst hoch zu halten. Wir haben nicht die Ueberzeugung, daß sie irgend wie im Stande wären, auch nur das Geringste zur Verringerung der Maßregelungen beizutragen oder einen Einfluß auf den Arbeitsmarkt auszuüben. Wir haben die große Genossenschaft der Tabakarbeiter, welche fast 200 Leute beschäftigte. Wenn es nun den Fabrikanten in Hamburg einfällt, wie vor 2 Jahren, 3000 Tabakarbeiter auf das Pflaster zu werfen, in welcher Weise soll dann die Genossenschaft helfen? Soll sie die 3000 Arbeiter beschäftigen? Sie kann sich doch nicht an die Stelle der Privatkapitalisten setzen. Für die Gesammtheit sind die Genossenschaften vollständig bedeutungslos. Es hatte sich eine zeitlang der Genossen ein wahres Gründungsfieber bemächtigt. Man wollte Hüttenwerke und alles Mögliche sonst noch gründen. Die Leute sind von dem Unzweckmäßigen ihrer Bestrebungen schwer zu überzeugen. Auer sagt zwar, daß nur solche Genossenschaften gegründet werden dürfen, die auf einer finanziell vernünftigen Grundlage stehen und von Leuten, die dazu berufen sind. Ja, wer ist denn zu einer solchen Gründung berufen? Ich mußte mir einmal von einem Tabakarbeiter sagen lassen: Was verstehst Du von Zigarren, Du kannst sie nicht einmal ordentlich rauchen! (Große Heiterkeit.) Solche Leute

glauben, weil sie tüchtige Sprecher sind, seien sie auch tüchtige Geschäftsleute. Zum Schluß möchte ich Sie davor warnen den Streit, ob Lokal- oder Zentral-Organisation, hier hinein zu ziehen und ihm dadurch eine schärfere Spitze zu geben. Wir haben nur den Gedanken zu vertreten, daß jeder Genosse, sofern er einen bestimmten Beruf angehört, verpflichtet ist, die gewerkschaftliche Bewegung so viel wie möglich zu unterstützen, denn die gewerkschaftliche Bewegung ist das Rückgrat der politischen Bewegung. Aber ich warne Sie, die Resolution Legien anzunehmen. (Beifall.)

Inzwischen ist folgender Antrag von Wilke und Genossen eingegangen:

„In Bezug auf die den Delegirten des hier tagenden sozialdemokratischen Parteitages unterbreiteten, von der am 13. Nov. 1892 in Berlin stattgehabten öffentlichen Maurerversammlung angenommenen Resolution empfiehlt der Parteitag allen Genossen, die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen nach Möglichkeit fördern zu helfen, den an ihren Orten auf dem Boden des Klassenkampfes im sozialdemokratischen Sinne bestehenden Gewerkschaftsorganisationen als Mitglieder beizutreten, und wo noch keine bestehen, solche ins Leben zu rufen.

Die Form der Organisation ist Nebensache, die Hauptsache ist die, daß alle Gewerkschaftsorganisationen dahin streben, die Zahl der Kampfgenossen zur Befreiung der Arbeiter vom Lohnsklavenjoch zu vermehren, das Solidaritätsgefühl bei der indifferenten Masse wachzurufen und nicht den Schwerpunkt der Organisation auf das sogenannte Unterstützungswesen zu legen.

Schmalfeldt-Bremerhaven: Einige Redner haben die Genossenschaften doch etwas zu schwarz gemalt. Thatsache ist, daß die Gewerkschaftsbewegung im rapiden Rückgang begriffen ist, und bei dem zunehmenden Pauperismus ist es sehr zweifelhaft, ob sie sich je wieder erheben wird. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich deßhalb nach anderen Mitteln umgesehen. Ein Redner hat behauptet, daß uns durch die Genossenschaften die besten Kräfte entzogen werden. Dies Argument ist das unglücklichste, was man sich denken kann. Die Genossen, welche in den Genossenschaften thätig sind, können doch auch erst nach Absolvirung der Arbeitsstunden für ihre Ueberzeugung thätig sein. In der Auer'schen Resolution ist eine Bestimmung, daß die Arbeiter-Schutzmarke nicht dazu benutzt werden soll, um gewissermaßen Stimmenfang für die Genossenschaft zu treiben. Das ist in der Arbeiterschutzmarke aber gerade angegeben, da heißt es bei der Genossenschaft der Tabakarbeiter, daß nur diejenigen Fabrikanten die Arbeiterschutzmarke erhalten, die nur solche Arbeiter beschäftigen, welche den Unterstützungsverein der deutschen Tabakarbeiter angehören. Diese Resolution wendet sich also strikte gegen die Organisation der Tabakarbeiter.

Glauben Sie etwa, daß die Tabakarbeiter von heute Abend an von diesem System Abstand nehmen werden! Mit nichten. Diese Resolution annehmen, heißt den Genossenschaften offen den Krieg erklären. Ich bin kein Enthusiast für die Gründung von Genossenschaften; sie fördern unsere politische Bewegung nicht um einen Schritt. Wollen wir aber heute Abend praktisch handeln, dann lehnen wir kurzer Hand jede Verantwortung für dieses Palliativmittel ab. Ich bitte Sie, die Legien'sche Fassung anzunehmen, die ich von Neuem beantrage.

Der Vorsitzende stellt über diesen Antrag die Unterstützungsfrage; die Unterstützung reicht nicht aus.

Theiß-Hamburg: Ich muß zunächst die Anschauungen Metzger's zurückweisen. Wenn wir hier auch zehnmal in der strikte sten Form erklärten, die Partei hat mit der gewerkschaftlichen Organisation gar nichts zu thun, würde es uns doch kein Mensch glauben, denn von den Gegnern wird die Gewerkschaftsbewegung als Stütze, als Anhängsel, als Theil der Sozialdemokratie betrachtet. Auch ich bin der Meinung, daß durch das Genossenschaftswesen theilweise die besten Kräfte der Partei entzogen werden. Das beweisen die Thatsachen. Die Leiter der Genossenschaften müssen einen nicht geringen Grad von Bildung und Intelligenz besitzen, und dieses Maß von Bildung und Intelligenz würde praktischer und mit mehr Erfolg im Dienste der Gesammtpartei angewendet werden. Ich stehe auch auf dem Boden der Auer'schen Resolution. Legien hat bereits hervorgehoben, unsere Parteileitung möchte etwas energischer für die gewerkschaftliche Bewegung im Allgemeinen eintreten. Ich kann nunmehr, nachdem Auer in seinem Referat erklärt hat, daß nur eine kräftige gewerkschaftliche Organisation im Stande sei, die Schutzmarke einzuführen, und damit gewissermaßen die gewerkschaftliche Bewegung unterstützt hat, ziemlich freudigen Herzens nach Hamburg zurückkehren. Aber ich wünschte, daß noch einmal offiziell von einem Vertreter des Parteivorstandes erklärt würde: daß jeder Parteigenosse es sich zur Pflicht zu machen hat, sich der gewerkschaftlichen Bewegung anzuschließen.

Schmidt-Friedberg: Wie bei der Maifeier kommt auch hier bei der Kontrolmarke in Betracht: wenn die Thür nicht weit aufgemacht wird, so bleibt Mancher an der Thüre stehen. Die praktischen Erfahrungen, die ich mit der Kontrolmarke gemacht habe, machen mich zum Gegner derjenigen Bestrebungen, die sie zu einer Prinzipienfrage der Partei machen wollen.

Slomke-Bielefeld. Mit Metzger bin ich nicht einverstanden. Er war früher doch einer der eifrigsten Agitatoren für die Gewerkschaften. Jetzt sagt er, wir sollten uns hüten, die Gewerkschaften in die Partei „hineinzuschmuggeln"! Das drückt aus, daß die Gewerkschaften in unserem Sinne etwas sind, was außerhalb der

Partei steht; auf diesem Standpunkte stehe ich nicht. Weshalb wenden wir uns in der Agitation immer gegen die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften? Weil sie nicht im Klassenkampf zu uns halten. Die Gewerkschaften gehören in unsere Partei, aber nicht in die Parteiorganisation (Sehr richtig!), und das letztere nicht aus prinzipiellen, sondern aus vereinsgesetzlichen Gründen. Wir können hier ganz ruhig erklären, daß es Pflicht jedes Genossen ist, sich der gewerkschaftlichen Organisation seines Berufs anzuschließen, dann wird auch manches Vorurtheil hinweggeräumt werden. Aber anderseits können wir uns unmöglich in den Streit über die Form der Organisation hineinmischen. Die Gewerkschaften haben dazu ihre Kongresse. Selbstverständlich wird keiner der Delegirten auf dem Standpunkt stehen, daß aus der Parteikasse direkt für die Gewerkschaften etwas hergegeben werden soll, höchstens in dem Falle eines Streiks, wenn die Gewerkschaftskasse erschöpft ist. Dem ersten Theil der Legien'schen Resolution könnte ich zustimmen, den zweiten Theil halte ich für überflüssig, weil in Halle das bereits erklärt worden ist. Ich bitte Sie, die Resolution Auer anzunehmen.

Von Lotz-Cöslin ist eine formale Aenderung der Auer'schen Resolution vorgeschlagen. Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung.

Stabernack beantragt den Schluß der Diskussion, Hug-Bant ist dagegen. Die Debatte wird geschlossen.

Berichterstatter Auer: Die Debatte hat sich nach zwei Richtungen hin bewegt. Der eine Theil der Redner, die Genossen Augustin und Borgmann, haben sich ausschließlich mit meinen Ausführungen über die Kontrolmarke beschäftigt, die andern, die Genossen aus Hamburg, befaßten sich mit der Genossenschafts-Angelegenheit. Meine Ausführungen über das Wesen des Boykotts, dessen Anwendung und Handhabung scheinen von so durchschlagendem Erfolg gewesen zu sein, daß während der ganzen Diskussion auch nicht ein einziger Redner weder lobend noch tadelnd etwas dazu vorgebracht hat. Ich schließe daraus, daß, wenn in Zukunft der Boykott irgendwo angewendet werden soll, er nur unter den angegebenen Voraussetzungen zur Anwendung kommen kann. Was Augustin und Borgmann betrifft, so unterscheiden sich diese beiden in der Art der Behandlung, die sie meinen Ausführungen haben angedeihen lassen. Während Genosse Augustin — es entspricht das schon seiner äußeren Erscheinung — (Heiterkeit) mit außerordentlicher Energie gegen mich vorgegangen ist, hat Borgmann etwas sanftere Saiten aufgezogen (Große Heiterkeit), aber die Energie, mit der Augustin gegen mich zu Felde zog, lag mehr in der Art und Form der Darlegung als in der Gewichtigkeit der Gründe. Er fragt mich: ja, was sollen wir denn thun, wenn in der Zeit wirthschaftlichen Niedergangs der Streik nichts hilft? Ein Mittel,

das unter allen Umständen hilft, die Lebenslage des Arbeiters zu verbessern, ihre Lohnbedingungen günstiger zu gestalten, giebt es eben nicht. Dieses Mittel ist auch die Kontrolschutzmarke nicht, schon deswegen nicht, weil für die weitaus größte Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung die Kontrolschutzmarke überhaupt nicht zur Anwendung gebracht werden kann. Wenn ich deshalb die Frage zurückgeben wollte, so könnte ich Augustin sagen: Ihr selbst müßt zugeben, daß die Schutzmarke, vorausgesetzt, daß unsere Hoffnungen zutreffen, nur für ganz vereinzelte Berufe, für einen ganz kleinen Kreis von Arbeitern von Vortheil sein kann. Wenn Ihr das aber zugeben müßt, was soll denn während der Krisen geschehen, und was in all' den anderen Berufen? Die Schutzmarke kann eben nichts anderes sein als der äußerlich sichtbare Ausdruck dafür, daß in der betreffenden Gewerkschaft die Forderungen der Arbeiter zur Anerkennung gelangt sind.

Nun wurde mir vorgeworfen, daß ich einzelne Sätze aus der Broschüre herausgerissen und dadurch gewissermaßen ein falsches Bild gegeben hätte. Das ist nicht wahr. Sie haben ja die Broschüre vor sich. Es zieht sich durch dieselbe wie ein rother Faden der Gedanke hindurch, daß die Kontrolschutzmarke als Ersatzmittel an Stelle des bisher gehandhabten Streiks zu gebrauchen sei. Diesen Satz habe ich angezogen und nichts lag mir ferner, als zu fälschen. Allerdings hat Borgmann gesagt, wenn man alle solche Flugblätter, auch von politischen Parteien, auf jeden einzelnen Satz untersuchen würde, so würde sich herausstellen, daß manches darin steht, was unter der Lupe der Wissenschaftlichkeit nicht bestehen kann. Davon ist hier keine Rede. Selbstverständlich könnten auch politische Flugblätter besser geschrieben sein, als sie es sind, aber hier dreht es sich nicht darum, ob das Flugblatt geschickt oder ungeschickt geschrieben wurde, sondern darum, was steht in diesen Erklärungen zur Rechtfertigung für die Einführung der Schutzmarke? Damit ist auch der Einwurf Borgmann's erledigt, daß bei der Kritik nicht das entsprechende Material zu Grunde gelegt ist. Ich habe das Material genommen, was die Vertheidiger der Schutzmarke uns selbst unterbreitet haben. Ganz falsch bin ich verstanden worden in Bezug auf die Vertheuerung der Waare mit Rücksicht auf die Schutzmarke. Ich habe nicht behauptet, daß das der Fall ist, ich habe die Frage, ob durch die Schutzmarke die Waare vertheuert wird oder nicht, durchaus offen gelassen. Ich habe mich nur dagegen gewendet, was auch Borgmann wieder sagte: Die Waare wird nicht vertheuert, aber „selbst wenn sie vertheuert würde, so muß im Interesse der Solidarität der Arbeiter diese Vertheuerung von den Arbeiterkonsumenten ruhig ertragen werden". Diesen Schlußsatz habe ich als falsch bekämpft. Auf die Frage, ob der Streik durch die Schutzmarke aus der Welt geschafft werden kann, gehe ich nicht ein, aber

B

interessant ist es doch, daß man in Unternehmerkreisen mit dem Meinungswechsel, der sich innerhalb gewisser Gewerkschaften vollzieht, den Streik in die Rüstkammer zu legen und an dessen Stelle die Schutzmarke zu setzen, sehr einverstanden zu sein scheint. Im „Geschäftsfreund", welcher dem Interesse gewisser Unternehmerkreise dient, heißt es: „Angesichts der Bedenken, die aus sozialistischen Kreisen gegenüber der Ueberschätzung der Schutzmarke erhoben werden, könnte man fast versucht sein, der Entwickelung der Arbeiter-Kontrolmarke auf dem Gebiet der Textilindustrie mit wohlwollender Unbefangenheit gegenüberzutreten. Man hat hier mit einem Akt erlaubter Selbsthilfe zu thun, der zahlreiche sozialdemokratische Kreise aus politischen Revolutioären zu wirthschaftlichen Interessenten machen und so mit den bestehenden Zuständen wieder inniger verknüpfen kann." (Hört! hört!) Diese Worte sind charakteristisch. Die Schutzmarke soll also nichts anderes sein, als gewissermaßen ein Resultat der Harmonielehre. Es soll zwischen den Interessen der Unternehmer und der Arbeiter eine Verständigung stattfinden. Die Bourgeoisie hat den ganz richtigen Instinkt, daß der Streik, auch wenn er von den Arbeitern verloren wird, für sie höchst unangenehm wirkt, während bei der Durchführung der Kontrolschutzmarke aus politischen Revolutionären wirthschaftliche Interessenten werden. Ich bin der Allerletzte, der nur einem einzigen Genossen, der sich bisher für diese Frage interessirt hat, den Vorwurf macht, als habe er gehandelt in der festen Absicht, etwas zu thun, was der Partei nach irgend einer Richtung schaden könnte. Aber Aufgabe des Parteitages ist es, daß wir uns nicht peu-à-peu auf Abwege leiten lassen. (Sehr gut!)

Schweer war der Meinung, — er nahm den radikalsten Standpunkt ein — daß man die Straßburger Resolution annehmen müsse. Ich bin der Meinung, daß wir, so weit es überhaupt möglich ist, ohne uns eine prinzipielle Blöße zu geben, durch unsere Resolution nur Entgegenkommen bewiesen haben. Wir haben den Genossen eine Brücke bauen wollen, und ein Hinausgehen über die Zugeständnisse, welche in dieser Resolution gemacht sind, ist einfach unmöglich. Wenn jemand sagt, das ganze Genossenschaftswesen hat gar keine Bedeutung, wir erklären uns schlankweg dagegen, so theile ich diesen Standpunkt nicht, aber ich kann ihn begreifen.

Wenn Legien darlegte, daß es nach dem Fall des Sozialistengesetzes nothwendig gewesen sei, daß wieder eine klare Stellung der Parteigenossen zum Gewerkschaftswesen genommen wurde, weil eine starke Strömung gegen die Gewerkschaften vorhanden sei, so irrt er. Legien hat das charakteristische Wort gesprochen: man habe vergessen, wer es denn war, der während des Sozialistengesetzes die Partei gestützt und ihr geholfen hat. (Sehr richtig!) Er antwortet darauf: das waren die Gewerkschaften. Ich könnte umge-

B

kehrt sagen: welche Arbeiter sind es denn gewesen, welche von jeher, vor, unter und nach dem Sozialistengesetze, die Gewerkschaften gestützt, sie vertheidigt, für sie agitirt haben? Es waren die Parteigenossen (Zustimmung). Wir im Parteivorstande können den Anspruch erheben, daß wir vermöge unserer Stellung von einer gewissen höheren Warte aus die ganze Sache beurtheilen, die gegeben ist nicht durch unsere Fähigkeiten, sondern durch das uns übertragene Amt (Sehr gut!), und ich kann erklären, daß die weitverbreitete Annahme, daß in der Partei selbst an einflußreicher Stelle und außerhalb in weiten Kreisen eine ganz entschiedene Abneigung gegen die Gewerkschaftsbewegung vorherrsche, absolut falsch ist. Legien nimmt einen einseitigen Standpunkt ein, der seinen Blick gewissermaßen hypnotisirt hat. Er stellt mit seinen Freunden die Gewerkschaften immer wieder in den Vordergrund, und da er wohl sieht, daß ihm nicht alle vorhandenen Kräfte, wenn er es wünscht, zur Verfügung stehen, so kommt er zu dem falschen Schluß, daß gewisse Antipathieen in der Partei gegen die Gewerkschaft überhaupt vorhanden seien. Das ist nicht wahr. Diese falschen Voraussetzungen waren es eben, welche uns seinerzeit veranlaßten, den Streik und den Boykott auf die Tagesordnung des Hallenser Parteitages zu stellen. Zu der Zeit, da die Richtung Tölke und der streng lassalleanischen Genossen im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein vorherrschte, war die Sache anders. Seitdem aber ist diese Gegenströmung absolut verschwunden, und wenn einzelne Aeußerungen fallen, wie sie Metzger heute hier gemacht hat, so ist das nur die Auffassung eines einzelnen Mannes. Da wo allgemein giltige Normen für die Haltung der Partei den Gewerkschaften gegenüber zum Ausdruck gebracht sind, ist der Standpunkt Metzger's niemals zur Anerkennung gelangt. Eine philosophisch angelegte Natur wie Legien sucht für alle Erscheinungen, deren Vorhandensein auf etwas tiefer liegenden Ursachen beruht, eine Erklärung. Die Frage, ob seine Voraussetzung richtig ist, stellt er sich gar nicht. Für ihn steht fest, daß eine Strömung gegen die Gewerkschaften, eine sehr einflußreiche Strömung, in der Partei vorhanden ist, und wie hat er dieses erklärt? Er hat gemeint, daß in der Partei das Kleinbürgerthum die Triebfeder für unsere Handlungen sei. Der sozialistische Kleinbürger wird als Ursache der Versumpfung der sozialdemokratischen Bewegung überhaupt dargestellt; diese Behauptung, die auch Hans Müller aufgestellt hat, könnte aber nur dann wenigstens einen Schein von Berechtigung haben, wenn eine einzige Thatsache angeführt werden könnte, daß von der sozialdemokratischen Partei der Gewerkschaftsbewegung irgend etwas in den Weg gelegt werden sollte. Wo sind solche Beweise? Etwas anderes ist wahr, daß nämlich die Führer und Leiter der Gewerkschaften unter einander selber durch ihre gegenseitige Bekämpfung um ganz nichtige Fragen dazu beitragen, daß breite Schichten der Arbeiter den Gewerkschaften fernbleiben. (Lebhafte Zustimmung.) Wer die Artikel gelesen hat, die zwischen gewissen Genossen hier in Berlin und Hamburg gewechselt worden sind, kann es weiten Kreisen nicht mehr verdenken, wenn sie sagen: wenn unsere eigenen Führer in dieser Weise sich gegenüberstehen, beschimpfen, herunterreißen um Lappalien willen, um Formen, über die man sich unter allen Umständen verständigen kann, wenn um persönlicher Differenzen und Gehässigkeiten willen so gesprochen, geschrieben und gehandelt wird, so können wir uns einer solchen Bewegung nicht anschließen. Ich möchte den Genossen Legien und auch den anderen Theil, Keßler und Genossen, recht sehr bitten — ich glaube hier auch aus dem Herzen aller anwesenden Delegirten zu sprechen — daß beide Theile endlich einmal die Streitaxt begraben (Lebhafte Zustimmung), dann werden sie sich sehr rasch überzeugen, daß von einer Gegenströmung gegen die Gewerkschaften keine Rede ist. Wer die Krakehlerei und später die Einigung in der deutschen Arbeiterbewegung erlebt hat, der wird mit mir der Ueberzeugung sein, daß der Streit, ob Zentralisation oder nicht, keine solche Bedeutung hat, daß Ihr Euch nicht verständigen könnt, wenn Ihr nur wollt. (Sehr gut!) Theiß hat gemeint, man hätte die Stellung zu den Gewerkschaften auf die Tagesordnung setzen und die Kontrolmarke weglassen sollen. Ja, über die Stellung zu den Gewerkschaften ist man klar; wir wollen die Gewerkschaften unterstützen. Ich bin ein überzeugter Anhänger der Gewerkschaftsbewegung von jeher gewesen, bin es auch heute noch, und ich kann, um Theiß zu befriedigen, diese Erklärung auch für alle übrigen Mitglieder des Vorstandes abgeben. Wenn wir nun trotzdem die Stellung zu den Gewerkschaften nicht auf die Tagesordnung gestellt haben so geschah das, weil wir nach dieser Richtung hin bereits eine Marschroute haben. Sie müssen doch wissen, daß wir in Halle dies sehr deutlich ausgesprochen haben, und seitdem ist nichts geschehen, was diesen klaren Ausspruch aufgehoben hätte. Im Hallenser Protokoll finden Sie die von Kloß und Grillenberger eingebrachte Resolution, in der es heißt: „es ist eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisirt, und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden". Dies ist maßgebend und grundlegend für die Partei, und nur in Bezug auf die Organisationsform herrscht Streit. So lange zwei sich bekämpfende Richtungen vorhanden sind, so lange können wir nicht einseitig nach der einen oder anderen Richtung in Bezug auf die untergeordnete Frage der Organisationsform uns entscheiden. Befehle können wir den Arbeitern inbezug auf die Gewerkschaftsbewegung nicht ertheilen. Aber wir haben von Partei wegen unsere Ansicht ausgesprochen. Das ist ja eine alte Sache, aber

nach und nach kommen wir dahin, daß die ältesten Wahrheiten von uns immer wieder wiederholt werden, das ist eine Nachwirkung des Sozialistengesetzes. Unser junger Nachwuchs hat nicht Gelegenheit gehabt, das Alles mitzumachen, was wir mit gemacht haben. Ich halte die Resolution Legien nicht für nothwendig. Wir wollen die Organisationsfrage hier nicht hineintragen und nicht eine Wunde, die verharschen will, aufs neue aufreißen. Der erste Theil der Legien'schen Resolution ist bereits Grundsatz bei uns, vor dem zweiten Theil möchte ich Sie dringend warnen. Im übrigen bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Labjuhn konstatirt zur Geschäftsordnung, daß er durch Schluß der Diskussion verhindert worden sei, Ungenauigkeiten, welche dem Genossen Auer über den letzten Buchdruckerstreik unterlaufen seien, richtig zu stellen.

Persönlich bemerkt Legien, daß er bis zur Stunde gegen Keßler noch keine Zeile geschrieben, nicht einmal seinen Namen genannt habe.

Mittag-Halle wünscht, da ihm durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten ist, daß im Protokoll die Namen derjenigen Redner vermerkt werden, welche sich noch zum Worte gemeldet haben. Der Antrag wird abgelehnt, nachdem der Vorsitzende konstatirt hatte, daß von den 43 eingezeichneten Rednern nur 10 das Wort erhalten haben.

In der Abstimmung wird die Resolution Auer unter Ablehnung sämmtlicher entgegenstehender Anträge, auch des Antrages Legien und der Resolution Wilke, in ihren einzelnen Theilen und schließlich im Ganzen mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Schluß 11½ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 19. November.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Gottlieb.

Es liegt wiederum eine Reihe von Begrüßungsschreiben und -Telegrammen vor.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Bebel: In Anbetracht der weit fortgeschrittenen Zeit und der vielen noch nicht erledigten Anträge beantrage ich die beiden nun folgenden Punkte der Tagesordnung: „Die wirthschaftliche Krise und ihre Folge" und „Antisemitismus und Sozialdemokratie" von der Tagesordnung abzusetzen. (Zustimmung.) Aus den gedruckten Resolutionen können Sie und die Oeffentlichkeit die Stellung der Referenten in diesen Fragen kennen lernen.

B

Der Parteitag nimmt den Vorschlag Bebel's mit großer Mehrheit an.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Berathung derjenigen Anträge aus den Reihen der Parteigenossen, welche bei den voranfgehenden Punkten der Tagesordnung nicht ihre Erledigung gefunden haben.

I. Anträge zum Programm.

Der unter Vorlagen an den Parteitag Seite 13 aufgeführte Antrag der Genossen in Hamburg, III. Wahlkreis findet in seinen beiden Theilen nicht die genügende Unterstützung. Dagegen gelangt zur Verhandlung der ebendort aufgeführte Antrag der Genossen des Kreises Naumburg-Zeitz-Weißenfels:

„**II. Theil, Ziffer 6**, den Punkt „Religion ist Privatsache" zu streichen und dafür zu setzen: „Die Religionen und deren Lehrer sind überall dort zu bekämpfen, wo dieselben dem Fortschritt der Wissenschaft entgegentreten, oder die nach Erlösung aus wirthschaftlicher und politischer Knechtschaft ringende Menschheit an der Erreichung dieses Zieles zu hindern suchen."

Hoffmann-Zeitz: Es ist dringend nothwendig, daß wir in diesem Punkt eine Aenderung eintreten lassen. „Religion ist Privatsache" wird sowohl von einem Theil unserer Agitatoren, als besonders von unseren Gegnern so aufgefaßt, als dürfte man über die Religion und ihre Lehrer überhaupt nicht sprechen, dieselben nicht angreifen, ihnen nicht entgegentreten. Nun werden aber diejenigen, welche in der Agitation stehen, am besten fühlen, daß es gerade dort, wo das strenge Dogma noch vorhanden ist, unmöglich, ja undenkbar ist, mit unseren Ideen durchzudringen Solange man glaubt, daß ohne Gottes Wille kein Spatz vom Dache fällt, hat man nicht Ursache, an der wirthschaftlichen Verbesserung seiner Lage mitzuarbeiten. Wenn man sagt, daß Religion Jedes Herzensangelegenheit ist, so kann uns das recht sein, so lange es eben Herzensangelegenheit bleibt. Sobald aber die Lehrer und Vertreter der Religion diese dazu benutzen, um die Leute in Bedrückung und Abhängigkeit zu erhalten, den Fortschritt zu verhindern und der wirthschaftlichen Aufklärung entgegenzutreten, haben wir die strenge Pflicht, dagegen Protest zu erheben. Das muß ganz klar und deutlich in unserem Programm ausgedrückt werden. Ich glaube wohl von allen Agitatoren am meisten auf dem Lande zu thun zu haben, und ich habe wohl gesehen, daß man gegen die Religion ankämpfen kann, wenn man es nicht mit bloßen Redensarten und Schimpfereien thut, sondern mit Gründen. Gerade dieser Punkt unseres Programms wird von unseren Gegnern dazu benutzt, um

B